

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 26 (1970)
Heft: 9-10

Artikel: Eine Warnung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-845435>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Muster für die 4200 Personen — Frauen, Männer und Kinder — umfassende Hauptbefragung. Zu deren Vorbereitung werden zudem Intensivinterviews mit einer kleinen Auswahl von Personen über die persönliche Einstellung zur Frauenproblematik gemacht. Schliesslich sollen auch Lehrpläne und Schulbücher durch eine Inhaltsanalyse auf «geschlechtsspezifische Werte und Rollenunterschiede» geprüft werden.

Die Untersuchung ist nicht ausschliesslich auf die Schweiz ausgerichtet: sie wird Bestandteil einer weltweiten Untersuchung der Unesco über die Situation der Frau bilden. Die Arbeitsgruppe der schweizerischen Unesco-Kommission ist seit 1966 an der Arbeit und verfügt bereits über eine «Leitlinien-Studie» von zwei Westschweizer Soziologinnen. Eine erste, wenn auch weit weniger gründliche Untersuchung wurde vor einigen Monaten von der «Frauen-Befreiungs-Bewegung» (FBB) in Zürich veröffentlicht.

Eine Warnung

Auch in St. Gallen dämmert's, schrieben wir in der «Staatsbürgerin» 6/7, als in der Schlussabstimmung vor dem Rat der Nachtrag zur Kantonsverfassung, der das Frauenstimmrecht betrifft, mit 142 gegen 36 Stimmen passierte.

Die Volksabstimmung hat bei einer Stimmbeteiligung von 55 Prozent mit 24 129 Ja gegen 26 950 Nein jedoch uns Frauen das Stimmrecht verweigert. Ein trauriges Resultat!

Ein überparteiliches «Aktionskomitee gegen die Verpolitisierung der Frau» hatte sich gebildet, das sehr aktiv war und dem drei Kantonsräte angehörten, die wohl so

untüchtig sind, dass sie um ihre Sitze bangen mussten.

Die Lehre!

Aus diesen Tatsachen müssen wir die Lehre ziehen, dass wir keinesfalls hoffnungsselig die Hände in den Schoss legen dürfen. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass der lächelnde Mann auf unserem Plakat dafür garantiert, dass die Mehrheit der Kantons-Zürcher lächelnd ein Ja in die Urne legen werden.

An die Arbeit!

Initiativkomitee für Frauenstimmrecht im Aargau

Unter dem Vorsitz von Grossrat Dr. Max Knecht, Wettingen, hat sich im Kanton Aargau ein Aktionskomitee für die Einführung des Frauenstimmrechts auf kantonaler Ebene konstituiert. Die kantonale Vorlage wird zusammen mit der eidgenössischen Volksabstimmung vom 7. Februar des kommenden Jahres den Aargauer Stimmbürgern unterbreitet.

Fernsehen

Report ARD vom 5. Oktober 1970

In Deutschland wurde eine neue Frauenpartei gegründet, die bereits 18 000 Mitglieder zählt. Sie will sich natürlich speziell für die Interessen der Frauen einsetzen, z. B. wünschen die Mitglieder, dass in der Bundesregierung 51% Frauen vertreten sein sollen, sie setzen sich ein für gleiche Arbeit, gleichen Lohn und für gleiche Renten für die Witwen.